



2020/48 Disko

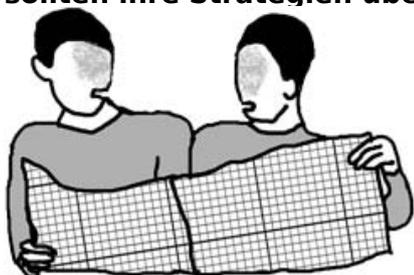
<https://ads.jungle.world/artikel/2020/48/wenn-die-hilfe-nicht-mehr-hilft>

Helfen zu wollen, kann in der Flüchtlingsarbeit auch schaden

Wenn die Hilfe nicht mehr hilft

Disko Von **Shirin Tinnesand**

Gut gemeint heißt nicht automatisch gut gemacht. Helfende in der Flüchtlingsarbeit sollten ihre Strategien überdenken.



Christian Jakob sah neue Spielräume in der europäischen

*Migrationspolitik (**Besser weitermachen**), Anna Jikhareva schlug eine stärkere Zusammenarbeit von verschiedenen sozialen Bewegungen vor (**Bildet Banden**). Krsto Lazarević argumentierte, Schlimmeres zu verhindern, sei zwar nicht ausreichend, aber nötig (**Geduldig gegen die Festung Europa**), Larissa Schober forderte, die unmenschlichen Bedingungen in Deutschland nicht aus dem Blick zu verlieren (**Vor der eigenen Haustür kehren**), und Peter Nowak wollte die Gewerkschaften stärker in die Verantwortung nehmen (**Zum Subjekt werden**).*

Wenn man auf Lesbos mit Geflüchteten arbeitet, ist es wichtig, die eigene Rolle und die eigene Beteiligung an den Ereignissen zu reflektieren: Ist man Teil eines Problems oder Teil einer Lösung? Beispiele für problematische Entwicklungen finden sich in den Nachwirkungen des Brandes in Moria. Einige Flüchtlingshelfer und NGO-Mitarbeiter, die auf Lesbos an Ort und Stelle sind, kritisierten die nach dem Brand von der Armee aufgebaute Notunterkunft sehr scharf: Da sie auf dem Gelände eines ehemaligen, aber nicht vollständig geräumten Schießplatzes eingerichtet und mit Stacheldraht umzäunt wurde, fühlten sie sich an ein Konzentrationslager erinnert.

Es stimmt, dass diese Unterbringung viele Mängel aufweist. Kritik daran ist deswegen wichtig: Die Grundversorgung der Menschen war nicht gesichert, die hygienischen Bedingungen waren schlecht, es gab keine Duschen und zu wenig Toiletten. Allerdings hatte die Armee das Ersatzcamp für die Unterbringung von etwa 12 000 Menschen in weniger als 36 Stunden aufgebaut, die ersten Bewohner konnten drei Tage nach dem Feuer einziehen.

Selbstverständlich ist so ein Notlager nicht für die dauerhafte Unterbringung geeignet. Es war klar erkennbar, dass die griechische Regierung und die Armee versuchten, die Menschen möglichst schnell von der Straße zu holen und ihnen provisorische Unterkünfte anzubieten. Das sollte nicht missachtet werden. Zudem waren sie damit eindeutig erfolgreich.

Wenn Aktionen in der guten Absicht geplant werden, politischen Druck aufzubauen, muss immer auch ihre Auswirkung auf die Geflüchteten in den Lagern bedacht werden.

Dennoch überschwemmten am dritten Tag nach dem Feuer die von lokalen Aktiven verbreitete Rede vom »Konzentrationslager« die sozialen Medien. Einige von ihnen steigerten das noch und warnten vor Maßnahmen wie im Zweiten Weltkrieg, Gerüchte und Behauptungen verbreiteten sich, dass die neue Unterkunft auf militärischem Boden bald – bald – in ein Gefangenenlager oder, schlimmer noch, in ein Geheimgefängnis umgewandelt werden würde.

Die Anordnungen der griechischen Regierung, die den Asylsuchenden keine andere Wahl ließ, als in die neue Unterkunft einzuziehen und sich registrieren zu lassen, sowie der in Gerüchten verbreitete Begriff »Konzentrationslager« schufen ein panisches Klima und lösten viele furchterfüllte Diskussionen unter den Asylsuchenden aus. Schnell entwickelte sich kollektive Angst vor der neuen Unterbringung und der nachdrücklichen Aufforderung der Regierung, diese zu beziehen. Einige Asylsuchende erwarteten tatsächlich, in einem Geheimgefängnis zu landen, weil sie das in den sozialen Medien gelesen hatten. Viele beschlossen, lieber unterzutauchen, als das neue Lager zu beziehen. Andere ließen sich registrieren, zeigten sich aber überzeugt, dass sie dort sterben würden.

Die Einrichtungen mögen fehlerhaft und unzulänglich sein – vor allem, wenn sie für die dauerhafte Unterbringung genutzt werden sollen. Tödlich sind sie allerdings nicht. Was die Geflüchteten tatsächlich vorfanden, hat – außer dem Stacheldraht – wenig mit den Skandalisierungen zu tun, die sie online vor einem Bezug des Camps gewarnt hatten. Der Wunsch zu helfen hatte einen völlig gegenteiligen Effekt: Man jagte Menschen, denen geholfen werden sollte, nur unnötig Angst vor Maßnahmen ein, die sie ohnehin nicht vermeiden konnten.

Ein weiteres Beispiel für Schaden, den NGOs anrichten können, wenn sie außerhalb ihrer Zuständigkeit handeln, ist das Flugzeug, das die niederländische NGO »Let's bring them here« finanziert und angeschafft hat. Weder die niederländische noch die griechische Regierung unterstützten das Projekt. Ungeachtet dessen blieb die NGO bei ihren Plänen, Geflüchtete von der Insel auszufliegen, und am 5. Oktober hob das Flugzeug ab. Selbstverständlich erhielt die Maschine keine Landeerlaubnis und musste umkehren.

Die Aktion war weiter nichts als ein PR-Stunt, genau wie es viele Aktive auf Lesbos vorhergesagt und befürchtet hatten. Viele Asylsuchende hatten die Aktion allerdings ganz anders wahrgenommen. Denn »Let's bring them here« hatte vor dem Flug einen Brief auf Englisch, Farsi und Arabisch an die »lieben Flüchtlinge auf Lesbos« geschrieben, in dem es hieß: »Die niederländische Zivilgesellschaft schickt dieses Flugzeug nach Lesbos und bittet die niederländische Regierung, es für die Umsiedlung zu nutzen.«

Gemäß dem Plan der NGO sollten Spenden für das Flugzeug gesammelt werden, um dieses nach Lesbos zu schicken; innerhalb von 48 Stunden sollte es vollbesetzt mit Geflüchteten

zurückfliegen. Man wollte demonstrieren, wie einfach es ist, einen Flug zwischen den Ländern zu organisieren. Allerdings hat sich die niederländische NGO für die Auswirkung ihrer Aktion auf die Menschen an Ort und Stelle offensichtlich nicht interessiert. Es gab eine große Diskrepanz zwischen der Strategie der NGO und dem Verhalten der Akteure auf Lesbos: Während die Verantwortlichen von »Let's bring them here« behaupteten, die Aktion habe vor allem strategische politische Bedeutung, waren einige NGO-Mitarbeiter auf der Insel überzeugt, dass tatsächlich Personen ausgeflogen werden würden.

Der Flug wurde unter den Asylsuchenden intensiv diskutiert, und einige NGO-Mitarbeiter sprachen aktiv Flüchtlinge an und luden sie zu diesem Flug ein, mit Sitzplatzreservierung und Ticket. Dies erhöhte die Konkurrenz und Aggressivität unter den Asylsuchenden, zudem erzeugte es falsche Hoffnungen. Wenn Aktionen in der guten Absicht geplant werden, Aufmerksamkeit auf ein Problem zu lenken und politischen Druck aufzubauen, muss immer auch die Auswirkung auf die Geflüchteten in den Lagern bedacht werden. Das ist hier offensichtlich nicht passiert.

Wenig hilfreich ist es, wenn sich die Hilfsorganisationen in die Rolle des Staats begeben. Wenn Akteure an Ort und Stelle sich mehr Macht und Möglichkeiten zuschreiben, als sie tatsächlich haben, wird das nur zu Verwirrung bei den Geflüchteten führen. Zwar ist die Kritik an den unzureichenden Bedingungen zu begrüßen, unter denen die Geflüchteten in den über die Ägäischen Inseln verstreuten griechischen Hotspots leben müssen. Allerdings sollte nicht in Frage gestellt werden, dass Griechenland dafür verantwortlich ist, die Menschenrechte der an seinen Küsten Angekommenen zu achten und ihre Versorgung zu garantieren. Diese Aufgabe kann und sollte keine NGO für sich beanspruchen. Man nennt sie schließlich nicht umsonst Nichtregierungsorganisationen.

Welche Probleme ein solcher Anspruch verursacht, kann man an dem »Olivenhain« oder »Jungle« genannten Gelände nahe dem nun niedergebrannten Lager Moria gut zeigen. Hier hatten kleine NGOs Land von lokalen Farmern gepachtet und verwalteten es, als wäre es Teil des Lagers. Sie appellierten an die Regionalverwaltung, sich um die Lebensbedingungen der hier untergekommenen Geflüchteten zu kümmern, obwohl weder die lokale noch die nationale Regierung diese Erweiterung anerkannt hatte. NGOs sind hauptsächlich Ermöglicher. Wenn der Staat also nicht das tut, was der Staat tun soll, sollten nicht NGOs diese Rolle übernehmen. Vielmehr sollten NGOs den Staat unter Druck setzen und diesen dazu bewegen, seine Arbeit zu machen und seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Die Debatte über die Rolle von NGOs gibt es seit langem und nahezu überall. Hoffentlich können die Beispiele zu einer produktiven Debatte beitragen und migrationspolitisch Engagierte dazu anregen, sich zu fragen, ob ihr Handeln Teil des Problems oder Teil der Lösung ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Kirsten Achtelik